



Peter Meiwald
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Immer mehr Menschen haben die Agrarindustrie satt

Ablehnung gegen riesigen Hühnerschlachthof ist ein wichtiges Signal

Oldenburg, 11.11.2013

Peter Meiwald, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: JKH
Raum: 3.637 (vorläufig)
Telefon: +49 30 227-78040
peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Leerer Str. 18
26655 Westerstede
Telefon: +49 4488 8604071
kontakt@peter-meiwald.de

In einer Bürgerbefragung haben sich die Menschen in Ahlhorn im Landkreis Oldenburg klar gegen den Bau eines neuen Hähnchenschlachthofs ausgesprochen. Dazu kann ich den vielen engagierten Menschen in Ahlhorn und umzu nur herzlich gratulieren!

56 Prozent stimmten gegen den geplanten Schlachthof. Im benachbarten Wildeshausen schlachtet die Firma Kreienkamp bereits Hähnchen - 30.000 Tiere täglich. Doch nach Angaben des Unternehmens reicht das nicht mehr aus, um wirtschaftlich zu arbeiten. Deshalb plante es, nach Ahlhorn umziehen, um dort eine größere Schlachthanlage zu bauen. Die sollte für täglich 120.000 Hähnchen ausgelegt sein. Mehr als 60 Prozent der knapp 12.300 stimmberechtigten Bewohner der Gemeinde Großenkneten hatten in der Bürgerbefragung ihre Stimme abgegeben.

Ich freue mich darüber, dass die breite grundsätzliche Ablehnung innerhalb der Bevölkerung gegen die Agrar- und Lebensmittelindustrie wächst. Niedersachsen steht seit dem Regierungswechsel im Winter im Zeichen der Agrarwende. Mit unserem grünen Landwirtschaftsminister Christian Meyer weht ein frischer Wind durch das Agrarland Nummer eins: bäuerliche Landwirtschaft und Tierschutz statt Mastanlagen und Monokultur. Um das zu erreichen sollen Großschlachthöfe künftig nicht mehr, wie jahrzehntelang unter schwarz-gelber Landesregierung üblich, subventioniert werden.

Eine engagierte und entschlossene Bürgerbewegung ist in Ahlhorn gegen eine mit fast allen Mitteln agierende Agrarindustrie und deren Lobbyisten erfolgreich gewesen. In dieser Stunde des bürgerschaftlichen Erfolges ist es jetzt wichtig, dass sich die Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP im Rat von Großenkneten an ihr Versprechen halten, die



Absage zu akzeptieren und nicht durch irgendwelche wenig demokratischen Tricks zu unterlaufen.